

Landrat spart eine Million bei Verbilligung

Für die Ausrichtung von Prämienverbilligungen stehen im kommenden Jahr 17 Millionen Franken zur Verfügung.

Martin Uebelhart

In der Budgetdebatte vor einem Jahr hatte der Landrat den Kantonsbeitrag an die Verbilligung der Krankenkassen-Prämien um eine Million Franken aufgestockt. 27 Ja zu 26 Nein lautete damals das Resultat. Gestern folgte der Landrat mit 29 zu 27 Stimmen einem Antrag der Mehrheit der Finanzkommission (Fiko) und strich wieder eine Million aus dem Budget heraus. Der Regierungsrat hatte 18 Millionen Franken für die Zuschüsse an die Prämien ins Budget eingestell.

«Wir haben das Thema vor einem Jahr ausführlich diskutiert», sagte Fiko-Präsident Jörg Genhart (SVP, Stans). In einer «Hauruckübung» sei der Beitrag damals ohne fundierte Grundlagen erhöht worden. Eine Mehrheit der Fiko habe sich für die Kürzung ausgesprochen. Es sollen lieber weniger Prämienverbilligungen ausge-

richtet werden, dafür an die richtigen Leute, so Genhart.

Andreas Gander (CVP, Stans) legte ausführlich die Berechnungsgrundlagen für die Prämienverbilligung dar. «Eine Kürzung des Budgetpostens trifft die Falschen», befand er. Ruedi Waser (FDP, Stansstad) hielt fest, seine Fraktion sei schon vor einem Jahr gegen eine pauschale Erhöhung gewesen. Man biete Hand, wenn es darum gehe, Leute mit tiefen oder sehr tiefen Einkommen besser zu stellen. Therese Rotzer (CVP, Ennetbürgen) meinte, es habe sich innert eines Jahres nichts geändert: «Darum gibt es keinen Grund zu kürzen.» Keine Stellungnahme zum Antrag der Fiko gab es gestern von der Regierungsbank.

Bei den Leistungsauftrags-erweiterungen versagte der Landrat der Landwirtschafts- und Umweltdirektion mit 41 zu 7 Stimmen eine Aufstockung des Direktionssekretariats um

«Eine Kürzung des Budgetpostens trifft die Falschen.»



Andreas Gander
Landrat CVP, Stans

50 Prozent. Man sei in der Fiko knapp zur Überzeugung gekommen, dass es noch organisatorisches Verbesserungspotenzial gebe, begründete Jörg Genhart den Antrag der Kommission.

Mehr Stellenprozent für Logopädie

Mit 31 zu 20 Stimmen sprach sich der Rat für eine Aufstockung um 25 Stellenprozent oder gut 28 000 Franken bei der Logopädie aus. In diesem Bereich könne der Auftrag nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden, sagte Antragstellerin Erika Liem (Grüne, Beckenried). Investitionen im Vorschulbereich lohnten sich immer, sagte Franziska Rüttimann (CVP, Buochs). Bildungsdirektor Res Schmid sagte auf ein entsprechendes Votum, der Antrag sei in der Bildungsdirektion nicht auf taube Ohren gestossen. Doch habe der Regierungsrat die Prioritäten anders gesetzt. Man wolle im

Budget für 2021 darauf zurückkommen.

Um eine Million auf 3,2 Millionen Franken wollte die SVP-Fraktion den Budgetposten für die Busseneinnahmen kürzen. Aufgrund der Baustelle sei zu erwarten, dass die Radaranlage im Kirchenwaldtunnel ihren Beitrag dazu nicht leisten könne, begründete Peter Wyss (SVP, Stans) den Antrag. Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser berief sich auf einen Vierjahresschnitt der Erträge, der sich bewährt habe. Der Antrag der SVP, wie auch ein Kompromissvorschlag von Philippe Banz (FDP, Hergiswil) für eine Kürzung von 500 000 Franken wurden abgelehnt.

Zugestimmt hat der Rat entgegen einem Antrag der Fiko der Erhöhung der Lohnsumme um ein Prozent.

Einleitend zur Budgetdebatte hatte Finanzdirektor Alfred Bossard festgehalten, dass sich 2020 die Staf-Vorlage, die das

Stimmvolk genehmigt hat, auf die Finanzen auswirke. «Die Jahre mit den grossen strukturellen Defiziten sollten vorbei sein», hielt er fest – sofern keine grossen Begehrlichkeiten aufkämen. Die kantonalen Anpassungen seien aufgrund des eingereichten konstruktiven Referendums gegen die Steuergesetzrevision noch nicht ins Budget eingeflossen.

Das Gesamtergebnis des Budgets 2020 verbessert sich nach den Anpassungen des Landrats von einem Defizit von fast 1,5 Millionen Franken auf eines von noch knapp 155 000 Franken. Dies bei einem betrieblichen Aufwand von gut 392 Millionen Franken.

In der Schlussabstimmung genehmigte das Parlament den Voranschlag mit 44 zu 0 Stimmen.

Hinweis

Weitere Berichte zum Landrat auf Seite 23

Kernser Steuererhöhung wirft Fragen auf

Die Überraschung an der Gemeindeversammlung könnte noch Nachwehen bringen: Muss die Gemeinde auf Millionen verzichten?

Markus von Rotz

Als Gemeindepräsident André Windlin am Dienstag am Ende der Gemeindeversammlung überraschend die spezielle Steuererhöhung um 0,01 Einheiten (Ausgabe von gestern) verkündete und auf 27. Dezember zur ausserordentlichen Gemeindeversammlung einlad, ging jeweils ein Gelächter durch den Saal – als ob die Anwesenden ihm nicht glaubten. Dabei ist es bitterer Ernst: Für die Gemeinde mit einem Gesamtertrag von 24,5 Millionen Franken (Budget 2020) stehen 4 bis 8 Mio. aus dem innerkantonalen Finanzausgleich auf dem Spiel.

Die 4,1 Millionen Franken für 2020 kann sich die Gemeinde Kerns aber sichern, wenn sie den eigenen Steuerfuss wie beantragt auf 4,71 Einheiten anhebt. Damit liegt sie beim Gesamtsteuerfuss (Kanton, Gemeinde und Kirche) gleichauf mit Sachseln (8,43 Einheiten). Kerns muss für den Fall vorsorgen, dass Sachseln nächstes Jahr Gebirgsgemeinde werden sollte. Hätte Kerns in diesem Fall einen tieferen Steuerfuss, verlöre die Gemeinde die ganze Zahlung.

Der Gemeinderat hatte keine Vorzeichen

Komplizierter ist es für 2019. Sollte Sachseln wie erwartet auch für dieses Jahr Gebirgsgemeinde werden, gingen Kerns, weil es aktuell noch 0,01 Einheiten unter der Gemeinde Sachseln liegt, 3,9 Millionen Franken verloren. Sachseln liegt so hoch, weil die Gemeinde 2018 eine Zwecksteuer von 0,25 Einheiten für ihren Schulhausneubau einführte. Als der Kanton im Sommer 2019 den Gemeinden mitteilte, Sachseln könnte für die beiden betreffenden Jahre Ge-



Ob sich der Kanton Obwalden und die Gemeinde Kerns in Sachen Finanzausgleich nötigenfalls finden werden? Symbolbild: Manuela Jans

bergemeinde werden, ging der Gemeinderat Kerns «nach Treu und Glauben und ohne Vorzeichen wahrnehmen zu können davon aus», dass der Kanton wie seinerzeit im Fall von Lungern eine Gesetzeslücke anerkenne, schreibt der Gemeinderat in seiner Botschaft zur Dezember-Gemeindeversammlung.

Wegen Lungern hätte keine Gemeinde Geld erhalten

Dazu muss man zurückblenden: 2017 wurde Lungern – damals mit dem höchsten Steuerfuss im Kanton – wegen unerwarteter Steuereinnahmen (über 30 Prozent mehr) zur Gebirgsgemeinde. «Diese ausserordentliche Situation war seit Einführung des kantonalen Finanzausgleichs vor mehr als 20 Jahren nie vorgekommen», schreibt der Kernser Gemeinderat. Die strikte Anwendung des Gesetzes – «kein Anrecht auf Ressourcenausgleich haben Einwohnergemeinden, deren Gesamtsteuerfuss unter dem Gesamtsteuerfuss einer Einwohnergemeinde liegt, die Leistungen (...) erbringen muss» – hätte zur Folge gehabt, «dass 2017 keine Obwaldner Nehmergemeinde Anrecht auf einen Ressourcenausgleich gehabt hätte.» Der zitierte Artikel 3 im Finanzausgleichsgesetz wurde damals nicht angewendet.

Erschwerend kommt laut dem Kernser Gemeinderat nun hinzu, dass bei der letzten Gesetzesrevision das System geändert wurde: Man stellt neu bei der Berechnung des Finanzausgleichs nur noch auf die Steuereinnahmen des aktuellen Jahres ab, was bedeutet, dass eine Gemeinde erst im Nachhinein auf die neue Situation reagieren kann. Ob Sachseln tatsächlich Gebirgsgemeinde wird, «ist erst Ende Februar 2020 bekannt»,

sagt der kantonale Finanzverwalter Daniel Odermatt auf Anfrage.

Der Kanton sprach von einer Gesetzeslücke

Der kantonale Rechtsdienst kam seinerzeit zur Erkenntnis, man könne ausschliessen, dass der Gesetzgeber hier etwas nicht habe regeln wollen. «Somit liegt eine Lücke vor, die der Rechtsanwender so lösen muss, wie es der Gesetzgeber gemacht hätte, wenn er sich der planwidrigen Unvollständigkeit des Gesetzestextes bewusst gewesen wäre.» Alle Gemeinden hätten diesen Entscheid mitgetragen und man habe vereinbart, das Gesetz umgehend anzupassen, «um diese Gesetzeslücke baldmöglichst zu schliessen». Der Gemeinderat habe den Kanton mehrfach auf diese Pendezen aufmerksam gemacht, sagte Windlin am Rande der Gemeindeversammlung.

Nun erfolgt andere Rechtsauslegung als damals

An einer Kontaktsitzung des kantonalen Finanzdepartements am 15. November habe sich die Situation geändert. «Der Kanton offenbarte der Gemeinde Kerns, dass sie «vorausichtlich keinen Anspruch auf einen Ressourcenausgleich habe» und signalisierte, «man gehe von einer anderen Ausgangslage und entsprechend anderer Rechtsauslegung als im Fall Lungern aus».

Finanzverwalter Odermatt begründet das auf Nachfrage so: Damals wäre der Ressourcenausgleich «ausgehebelt gewesen und keine Gemeinde hätte einen Ressourcenausgleich erhalten. Eine solche totale Blockade des Ressourcenausgleichs ist rechtlich nicht gleichzusetzen mit dem Fall, bei welchem

nur eine Gemeinde keinen Ausgleich erhält. Dies wurde vom Gesetzgeber bewusst in Kauf genommen.»

«Ihr könnt euch vorstellen, wie unsere Warnlampen zu leuchten begannen», sagte Windlin am Dienstag vor der Versammlung. «Die Rechtslage ist so unsicher, dass wir kein Risiko eingehen wollen.» Darum werde man für 2020 mit der Steuererhöhung (35 000 Franken für die Gemeinde, ca. 5 Franken pro Steuerzahler) vorsorgen. «Bezüglich 2019 aber können wir nichts anderes tun, als gute Argumente zu sammeln.»

Wäre ein Steuerrabatt allenfalls die Lösung?

Wie wäre es, wenn der Gemeinderat nun die Steuern erhöhe, dies aber gleich wieder als Steuerrabatt abzieht? Diese Frage warf alt Gemeinderat Martin Ming am Apéro nach der Gemeindeversammlung auf. Mit einem Lachen im Gesicht sagte André Windlin, das prüfe man gerne. Finanzverwalter Daniel Odermatt sagt dazu: «Unter dem Gesamtsteuerfuss wird der Netto-Steuerfuss, also der Steuerfuss abzüglich Rabatt verstanden.» Somit ginge dies nicht. Das Wort Nettosteuerfuss findet sich allerdings im entsprechenden Gesetz nicht.

Der Gemeinderat lässt sich aber eine andere Hintertüre offen: Sollten die 0,01 Einheiten nicht nötig sein, weil der Kanton das Gesetz entsprechend ändert, könne die Gemeindeversammlung diese Erhöhung ja wieder rückgängig machen. Laut Daniel Odermatt wird das Gesetz derzeit überarbeitet. Es soll im Mai/Juni nächsten Jahres vor den Kantonsrat kommen. Im Dezember soll die Vernehmlassung dazu starten.